



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 12.11.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:23 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Christian Feigl Dr. Bodo Meerheim	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Vertreter für Frau Krimmling-Schoeffler, Teilnahme ab 17:35 Uhr
Thomas Schied Johannes Streckenbach Dr. Ulrike Wünscher Dr. Inés Brock	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreterin für Frau Dr. Kreuzfeldt, Teilnahme bis 19:10 Uhr
Martin Sehrndt Yvonne Winkler Eric Eigendorf Dr. Martin Ernst Yana Mark Lars Loebner René Rebenstorf Helge Dreher Christian Hartwig Ingo Kautz Alexander Keck Ingo Kresse Dr. Mario Lochmann Manfred Sommer Michael Sprung	AfD-Stadtratsfraktion Halle Fraktion MitBürger & Die PARTEI SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme bis 19:00 Uhr Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) Verwaltung Beigeordneter Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:15 Uhr Sachkundiger Einwohner sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf Lars Loebner Dr. Anja Jackes Wolfgang Piller Dr. Brigitta Ziegenbein Jutta Grimmer Matthias Thielicke-Bendix Waldemar Roesler	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt Fachbereichsleiter Planen Fachbereichsleiterin Kultur Abteilungsleiter Straßen- und Brückenbau Abteilungsleiterin Stadtplanung Abteilungsleiterin Städtebauförderung und - recht Abteilungsleiter Baugenehmigung Teamleiter Verkehrsentwicklung und Nahverkehr
--	---

Gäste:

Steve Mämecke Vinzenz Schwarz Gernot Lindemann	Stadtrat Vorstand Hallesche Verkehrs-AG Bauingenieur,
--	---

Entschuldigt fehlten:

Anja Krimmling-Schoeffler Dr. Annette Kreuzfeldt Herr Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Sachkundiger Einwohner
--	--

zu Einwohnerfragestunde

Frau Lampadius-Gaube sagte, dass sie den Ausbau von Fahrradwegen sehr begrüßt. Persönlich betroffen ist sie von dem geplanten Bau des Radweges von der Nordstraße zur Dölauer Straße sowie der Straßenbahnerweiterung in diesem Gebiet. Sie äußerte ihren Unmut darüber, dass diese Straßenbahntrasse auf den Plänen so dargestellt ist, dass sie durch das von ihr bewohnte Haus führt. Es waren Vermessungsingenieure vor Ort und dies ohne Information von der Stadt.

Frau Lampadius-Gaube wünschte sich mehr Transparenz und Gespräche mit den betroffenen.

Herr Rebenstorf bot ein persönliches Gespräch an, um die genauen Inhalte, die das bewohnte Grundstück betreffen zu besprechen. Er sagte, dass diese Trassenfreihaltung seit 1998 existiert und seit dem, so auf dem Grundstück liegt. Es liegt jedoch bisher keine konkrete Planung dazu vor.

Herr Thomas sprach zur autofreien Altstadt. Er fragte, was man sich davon erwartet die Autos aus der Innenstadt zu verbannen? Er fragte, ob er eine Liste mit seinen Ideen einreichen darf.

Herr Rebenstorf sagte, dass das Thema intern momentan geprüft wird.

Herr Schied lud Herrn Thomas in die Fraktion ein, um über das Thema zu diskutieren.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Feigl eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit und die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Feigl sagte, dass der TOP 5.2 und der dazugehörige Änderungsantrag TOP 5.2.1

5.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)
Vorlage: VI/2019/05188

5.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)
Vorlage: VI/2019/05259

von der Tagesordnung zu nehmen ist, da er zurückgezogen wurde.

Frau Mark vertagte den TOP 5.4.

5.4. Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung

Vorlage: VII/2019/00491

Herr Streckenbach bat darum den Antrag TOP 5.3 vorzuziehen, damit die eingeladenen Gäste nicht bis zum Ende warten müssen.

- 5.3. Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321

Es gab keine Einwände und der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen vor TOP 4

Herr Feigl bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift 10.09.2019
4. Beschlussvorlagen
- 5.3. Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321
- 4.1. Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00436
- 4.2. Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPVNG LSA) für das Jahr 2020 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: VII/2019/00282
- 4.3. Baubeschluss EFRE-Radweg Nordstraße zwischen dem Stadtteil Halle/Lettin und der Dölauer Straße
Vorlage: VII/2019/00068
- 4.4. Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 191 Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße - Abwägung
Vorlage: VII/2019/00031
- 4.5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 191 Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße - Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/00032
- 4.6. Bericht zu den vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB für das Medizinerviertel Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00019
- 4.7. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Medizinerviertel
Vorlage: VII/2019/00018

- 4.8. Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017
- 4.8.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/ 2019/00017)
Vorlage: VII/2019/00622
- 4.9. Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04738
- 4.10. Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: VII/2019/00215
- 4.11. 2. Satzung zur Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00231
- 4.12. Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum Südpark Ortsteil Neustadt - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2019/00067
- 4.13. Bebauungsplan Nr. 88.2 Gießereidreieck, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/00029
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet
Vorlage: VI/2018/04529
- 5.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)
Vorlage: VI/2019/05188 **erledigt**
- 5.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)
Vorlage: VI/2019/05259 **erledigt**
- 5.4. Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung
Vorlage: VII/2019/00491 **vertagt**
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Quartalsbericht II/2019 Stadtbahnprogramm Halle der Maßnahmeträgerin HAVAG
Vorlage: VII/2019/00422
- 7.2. Information zum Baubeschluss EFRE-Radweg Dessauer Straße/Posthornstraße zwischen der Frohen Zukunft und dem Posthornweg (Vorlagen Nr. VII/2019/00040)

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift 10.09.2019

Abstimmungsergebnis: bestätigt

**zu 5.3 Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321**

Herr Mämecke brachte den Antrag ein.

Herr Streckenbach beantragte Rederecht für Herrn Meier

Dem Rederecht wurde zugestimmt.

Herr Meier schilderte, dass es in den letzten Jahren einige Probleme mit dem Festplatz am Gimritzer Damm gab. Mit dem Abriss der Eissporthalle sind viele Parkplätze weggebrochen und es kam bei Veranstaltungen zum Wildparken. Die Fläche ist für Großveranstaltungen zu klein und es ist nicht möglich; Fahrgeschäfte wie Achterbahnen usw. dort aufzustellen, momentan reicht er nur für einen kleinen Rummel. Ebenfalls werden keine Möglichkeiten gesehen einen Großzirkus nach Halle zu holen, da diese meistens nach Leipzig gehen, aufgrund der besseren Flächen. **Herr Meier** bat darum, dass die Fläche der ehemaligen Eissporthalle so saniert wird, dass sie für die Schausteller mit nutzbar ist und ebenfalls eine Parkplatzentlastung für Großveranstaltungen auf der Peißnitz bringt.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Fläche der ehemaligen Eissporthalle im Außenbereich liegt und ein komplett neues Planungsverfahren nötig wäre. Außerdem handelt es sich bei der Fläche um einen Retentionsraum für den Deichbau Gimritzer Damm und das Verfahren läuft bereits.

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit das Festgelände am Gimritzer Damm unter Inanspruchnahme der Fläche der ehemaligen Eissporthalle erweitert **und entsiegelt** werden kann.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00436

Herr Schwarz erhielt Rederecht.

Herr Roesler brachte die Vorlage ein.

Herr Eigendorf fragte, was bisher geplant ist in Bezug auf den Kreis der Ticketberechtigten für das Sozialticket.

Er fragte, ob das 365 Euro Ticket eine bessere Platzierung bekäme, wenn eine Förderung durch das Land oder den Bund erfolgen würde.

Er bat um Verdeutlichung der Preisabschläge. Herr Eigendorf schlug vor, die Vorlage als 1. Lesung zu behandeln.

Herr Schwarz sagte, dass der Berechtigtenkreis für das Sozialticket bei ca. 40.000 Menschen liegt, die genauen Zahlen werden momentan auf den neuen Stand gebracht. Für die Berechnung des Preisabschlags hat man das günstigste Abo herangezogen, das 2024 zum Zeitpunkt der frühestmöglichen Einführung ca. bei 60 Euro im Monat liegen wird. Eine Rabattierung von 50 % müsste erfolgen, da das 365 Euro Ticket einen Monatspreis von ca. 30 Euro hat. Alle anderen Abos werden dann preislich angepasst.

In Wien ist der ÖPNV nicht wegen dem Preis erfolgreich, sondern weil Linien ausgebaut wurden, die Taktungen verändert wurden und Haltestellenabstände verdichtet wurden, das Parken wurde an den Stadtrand verdrängt und innerhalb verteuert. Es wurde eine Abgabe für Unternehmer eingeführt, die damit unterstützen, dass ihre Mitarbeiter mit dem ÖPNV zur Arbeit kommen. Dieser Ausbau hat über mehrere Jahre angedauert und das 365 Euro Ticket war nur ein Teil der Gesamtmaßnahme und wurde erheblich von der Stadt gefördert.

Frau Winkler fragte, wie hoch die Auslastung bei den unterschiedlichen Modellen berechnet wurde.

Herr Schwarz sagte, dass als Basisjahr immer das Jahr 2018 genommen wurde und daran wurde jede einzelne Maßnahme betrachtet, teilweise mit Unterstützung von externen Experten.

Es gibt jetzt 10 Städte, die durch den Bund festgelegt wurden und das 365 Euro Ticket als Pilotprojekt einführen.

Herr Roesler sagte, dass ein mehr von 3,6 % Fahrgästen prognostiziert wird.

Herr Keck sagte, dass der Wegfall von zwei Linien den Unmut der Bürger nach sich ziehen wird.

Herr Schwarz sagte, dass das Liniennetz optimiert und komplett überarbeitet werden würde und durch eine Erhöhung der Taktung, automatisch Linien wegfallen aufgrund der Fahrtenhäufigkeit. Die Einsparung von Linien führt nicht automatisch zu Einschränkungen.

Herr Schied sagte, dass die Vorlage, so wie dargestellt nicht beschlossen werden kann, da es mehrere Auswahlmöglichkeiten gibt. Er fragte, wie die Abstimmung erfolgen soll.

Herr Roesler sagte, dass jede einzelne Maßnahme abgestimmt werden kann und dies auch nach Geschäftsordnung und KVG zulässig ist.

Dr. Lochmann sagte, dass er das Gefühl hat, dass die Variante des ticketfreien Samstags schlecht gerechnet wurde. Er kann sich nicht vorstellen, dass jemand der am Freitag mit der Bahn fahren möchte, nur weil es am Samstag kostenlos ist, seine Termine verschiebt, um das Ticket zu sparen. Er fragte, warum die Zeitkarten im Preis reduziert werden müssen, wenn man Samstag kostenlos fahren darf.

Er fragte nach der Rückmeldung der Citygemeinschaft.

Herr Schwarz sagte, dass der Kunde nicht bereit ist, ein Ticket für 7 Tage zu bezahlen, wenn davon ein Tag gratis ist. Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund muss dies beschließen und über den Aufsichtsrat bedarf es einer Genehmigung.

Frau Dr. Brock sprach sich gegen den City-Tag aus und sagte, dass die Citygemeinschaft sicher nicht für Teilkosten aufkommen wird.

Sie sagte, dass die Anpassung der Taktungszeiten ja auch eine unternehmerische Entscheidung ist und diese auch bei der HAVAG getroffen werden sollte.

Sie fragte, warum zu den Taktungszeiten Förderzahlen von Land und Bund in der Vorlage ausgewiesen sind.

Herr Schwarz sagte, dass momentan eine Neubeschaffung von Fahrzeugen in Erarbeitung ist und man dafür Fördergelder beantragen möchte. Im Jahr 2013 wurden die damals angeschafften Fahrzeuge ebenfalls gefördert, jedoch laufen da noch die Verhandlungen.

Frau Winkler fragte, ob die HAVAG federführend alle Varianten erarbeitet hat.

Herr Schwarz bejahte dies.

Dr. Wünscher fragte, wie die Mittel unabhängig von Fördermöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie sagte, dass zur Beschlussfassung dargestellt werden müsste, wie die Stadt dies finanziell leisten soll.

Herr Schwarz sagte, dass bisher zu keiner der Maßnahmen ein Fördertopf gefunden wurde.

Herr Feigl fragte zur Seite 15, zur Tabelle 1.3.8, zum Thema Schülerbeförderung, woher die Summen für das Fahrgeld für die Schülerbeförderung abgeleitet werden.

Herr Schwarz sagte, dass es sich um das Beförderungsentgelt handelt, das entstehen würde und auf das die HAVAG einen Anspruch hat. Die Scoolcard wird jedes Jahr um 1/3 im Preis reduziert so dass nach drei Jahren eine Kostenfreiheit hergestellt wird und das Entgelt, das der HAVAG verloren geht, ist durch die Stadt auszugleichen.

Herr Feigl fragte, ob davon auszugehen ist, dass die HAVAG 6 Millionen Euro im Rahmen der ScoolCard einnimmt eingerechnet der Dynamisierung.

Herr Roesler sagte, dass die dargestellten Summen, die Kosten sind, die die Schüler oder die Stadt derzeit bis zum Jahr 2024 an die HAVAG bezahlen müssten, wenn sie Scoolcards kaufen.

Herr Streckenbach fragte, ob es einen Zusammenhang zwischen der Ticketeinführung des 365 Euro Ticket und den Fahrgastzahlen gibt.

Er fragte, ob eine Rückmeldung der Citygemeinschaft zur Beteiligung an den Kosten bereits vorliegt. Er sagte, dass das Azubiticket nur Landes weit und bei einheitlichen Regelungen Sinn ergibt.

Herr Roesler sagte, dass jeder der in Sachsen eine Ausbildung beginnt, für 40 Euro plus 5

Euro für einen weiteren Bereich fahren kann. Momentan ist das Azubiticket mit dem erweiterten Bereich in Thüringen und Sachsen eingeführt worden. Er sagte, dass in Wien durchaus auch viele andere Maßnahmen, die in den Jahren vor der Einführung des 365 Euro Tickets durchgeführt wurden, die zur Steigerung der Fahrgastzahlen führten. Auf die Antwort der Citygemeinschaft wird seit dem vorigen Jahr gewartet.

Herr Schwarz sagte, dass die Landesregierung bereits an einem Azubiticket arbeitet. Er sagte außerdem, dass in Wien die Parkgebühren erheblich angehoben wurden und somit mehr Menschen auf den ÖPNV umgestiegen sind.

Herr Eigendorf stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO Antrag: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den Vergleich über die Voraussetzungen und Auswirkungen der unabhängig voneinander umzusetzenden Maßnahmen zur Kenntnis und beschließt im Wege der EinzelpunktAbstimmung eine der nachfolgenden Varianten:

- a) Kostenloses Schülerticket,
- b) Ticketfreier City-Tag,
- c) 365-Euro-Ticket (Wiener Modell),
- d) 10-Minuten-Grundtakt oder
- e) Fahrscheinloser Nahverkehr für Azubis.

Beschlossen ist die Variante, welche die meisten Stimmen erhalten hat.

**zu 4.2 Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA) für das Jahr 2020 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: VII/2019/00282**

Herr Roesler brachte die Vorlage ein.

Frau Winkler fragte nach der Ursache des Aufwuchses des Betriebskostenzuschusses von 1,436 Millionen Euro auf 2,326 Millionen.

Herr Roesler sagte, dass die Stadtwerke nicht diesen Anteil bringen konnten und aus diesem Grund die Stadt Halle als Gesellschafter eintritt.

Abstimmungsergebnis SKE: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 ÖPNVG LSA und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen.

**zu 4.3 Baubeschluss EFRE-Radweg Nordstraße zwischen dem Stadtteil Halle/Lettin und der Dölauer Straße
Vorlage: VII/2019/00068**

Herr Piller brachte die Vorlage ein.

Herr Dreher sagte, dass Beschwerden der Nutzer zur schlechten Beleuchtung vorliegen und fragte, ob an die Beleuchtung in diesem Bereich gedacht wurde.

Herr Piller sagte, dass die Beleuchtung innerhalb der Maßnahme nicht berücksichtigt wurde, er dies aber mitnimmt.

Herr Streckenbach sagte, dass es unglücklich ist, dass die Maßnahme jetzt beschlossen wird, es wäre besser gewesen, wenn die Maßnahme gemeinsam mit der Straßenbahntrasse durchgeführt werden würde.

Frau Dr. Brock fragte, ob die Oberfläche komplett versiegelt wird oder es sich um eine durchlässige Oberfläche handelt.

Herr Piller sagte, dass es zum Teil eine Neuversiegelung geben wird und es wird auch Bereiche geben, wo es einen Rückbau des vorhandenen Weges geben wird und ein neuer an der Stelle gebaut wird ´.

Herr Hartwig fragte, ob es Bindefristen von dem Fördermittelgeber gibt.

Herr Rebenstorf sagte, dass in Bezug auf Fördermittel es wichtig ist, dass, wenn etwas zurückgebaut wird, dies im Anschluss auch wieder hergestellt wird.

Frau Dr. Brock fragte, ob Privatgrundstücke enteignet werden müssen, um die Straßenbahntrasse bauen zu können.

Herr Rebenstorf sagte, dass dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gesagt werden kann. Erst wenn ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet wird, dann ist die Enteignung eine Option die besprochen werden kann.

Herr Feigl fragte, ob die Größe des Kreisels ausreichend ist auch in Hinblick auf die Nutzung durch LKW.

Herr Piller antwortete, dass der Kreisel ausreichend ist.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt den Ausbau einer Radwegeverbindung im Zuge der Nordstraße zwischen dem Stadtteil Halle/Lettin und der Dölauer Straße auf einer Länge von ca. 1.650 m.

**zu 4.4 Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 191 Kröllwitz, Wohnbebauung
Untere Papiermühlenstraße - Abwägung
Vorlage: VII/2019/00031**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 191 „Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit zu antworten und das Ergebnis mitzuteilen.

**zu 4.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 191 Kröllwitz, Wohnbebauung
Untere Papiermühlenstraße - Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/00032**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 191 „Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 29.08.2019 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 29.08.2019 wird gebilligt.

**zu 4.6 Bericht zu den vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB für das
Medizinerviertel Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00019**

Frau Grimmer brachte die Vorlage ein, eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Winkler fragte, was die Begründung der Forsterstraße heißt.

Frau Grimmer antwortete, dass geprüft wurde, ob eine Begründung möglich ist, die Forsterstraße hat Potenzial dafür. Wie genau Baumreihen angeordnet werden, ist dann in der Planung zu klären.

Herr Streckenbach sagte, dass laut Vorlage der Schulhof der Grundschule Riesenklein und der des Genscher Gymnasiums geöffnet werden soll, er fragte wie dies genau ablaufen soll.

Frau Grimmer antwortete, dass die Öffnung geprüft wird, um eine Quartiersmitte zu gestalten. Selbstverständlich wird der Grundschulschulhof während der Schulzeit geschlossen bleiben aber außerhalb der Schulzeit muss geschaut werden, ob eine Nutzung möglich ist. Eine Abstimmung mit allen Akteuren wird erfolgen.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat nimmt den Bericht über die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für das Medizinerviertel Halle (Saale) zur Kenntnis und bestätigt sie als Grundlagen für die Aufstellung einer Sanierungssatzung.

**zu 4.7 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Medizinerviertel
Vorlage: VII/2019/00018**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 142 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Medizinerviertel“ im vereinfachten Verfahren und die Sanierungssatzung Nr. 4 (Anlage 1). Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 dargestellten Flächen mit einer Größe von ca. 26,4 ha. Gemäß § 142 Abs. 3 BauGB wird die Frist für die Durchführung der Sanierung auf die Dauer von 15 Jahren festgelegt.
2. Die Sanierung wird im vereinfachten Verfahren mit der Genehmigungspflicht von Vorhaben und Rechtsvorgängen nach § 144 und § 145 BauGB durchgeführt. Die besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156a des BauGB finden keine Anwendung.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Sanierungsziele.
4. Der Stadtrat bestätigt den Maßnahmen-, Kosten- und Finanzierungsplan als Grundlage für die Durchführung der Sanierungsmaßnahme (Anlage 3).

**zu 4.8 Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017**

**zu 4.8.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/
2019/00017)
Vorlage: VII/2019/00622**

Herr Lindemann erhielt Rederecht, eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass die Mittel dafür nicht nur aus der Kulturförderung kommen könne und die anderen Fachbereiche, die an der Vorlage beteiligt waren, Mittel dafür zur Verfügung stellen sollten. Sie sagte, dass das gesamte Thema zu den Haushaltsberatungen besprochen werden sollte und stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Frau Dr. Jackes sagte, dass alle Bereiche der Verwaltung betroffen sind und es um gemeinwohlorientierte Projekte geht. Es gibt einige Projekte in der Kulturförderung, die eine anteilige Finanzierung für die Personalkosten bekommen und in diesem Falle ist der Vorschlag, dass auch hier anteilig Kosten übernommen werden, für Personal, für Sachmittel, für Mietkosten und dies entspricht dem, was auch sonst gefördert wird.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass ein zweiter Punkt mit einem Vorbehalt der Finanzierung eingefügt werden sollte.

Frau Winkler schloss sich der Meinung ihrer Vorredner an.

Herr Dr. Lochmann fragte zur Freiraumgalerie, welcher Träger sich bereit erklären soll, für 50.000 Euro all die aufgelisteten Aufgaben wahrzunehmen, die gefordert werden.

Frau Dr. Jackes antwortete, dass eine Ausschreibung geplant ist und bereits mit Trägern gesprochen wurde. Viele Maßnahmen finden jetzt auch schon statt, wie zum Beispiel die Kommunikationsfunktion oder auch die Vermittlung von Räumlichkeiten. Die Kompetenz der Akteure soll genutzt werden, um anderen verschiedene Dinge zu erleichtern. Man hat festgestellt, dass sehr viele unterschiedliche Bedarfe existieren, die so komplex sind, dass man nicht pauschal sagen kann, es wird ein Haus zur Verfügung gestellt, das alle nutzen können.

Herr Lindemann sagte, dass er die Erfahrung gemacht hat, dass bevor soziale oder kulturelle Projekte gestartet werden können, Grundlagen geschaffen werden müssen. Die Gruppen, die den Beitrag leisten wollen, müssen qualifiziert werden, ihre Projektideen auch so zusammenzustellen, dass daraus ein Antrag werden kann oder auch Verhandlungen begonnen werden können, dies war der Grund dafür, dass er für die Agentur gekämpft hat. Die Aufgabe einer solchen Agentur ist es, die Voraussetzungen für kulturelle Aktivitäten zu schaffen. Er sagte, dass die Arbeit in einer solchen Agentur ehrenamtlich mit kleiner finanzieller Unterstützung ist. Er sagte, dass es ebenso wichtig ist, Unterstützung zu leisten durch Termine beim Rechtsanwalt oder Steuerberater.

Herr Dr. Meerheim brachte einen Änderungsantrag ein.

Herr Loebner sagte, dass es innerhalb der Verwaltung so festgelegt ist und auch jemand den Hut aufhaben muss. Es gab eine übergreifende Konzepterarbeitung und bei der Umsetzung wird es natürlich auch übergreifend sein. Es muss natürlich geschaut werden, wenn aus anderen Bereichen Mittel einfließen sollen, auf was dann jeweils verzichtet wird.

Herr Lindemann sagte, dass die Agentur die Initiativen unterstützen und befähigen soll, Projektträger eines Forschungsfeldes zu sein, was dann über den Planungsbereich läuft.

Allerdings bedarf es auch der Projektgruppe, die in das Projekt einsteigt und da ist die Zuordnung in den Kulturbereich richtig. Verschiedene Bereiche werden mit unterschiedlichen Projekten angesprochen.

Frau Dr. Jackes sagte, dass es sich um viele Vereine handelt, die im Rahmen der Kulturförderung keine Förderung erhalten würden.

Frau Dr. Wünscher zog den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zurück.

Frau Mark stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO Antrag: **mehrheitlich abgelehnt**

zu 4.8.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/
2019/00017)
Vorlage: VII/2019/00622**

Abstimmungsergebnis SKE: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

2. Damit verbunden beschließt der Stadtrat einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 55T€, welcher vorbehaltlich eines genehmigten Haushaltes haushaltsneutral durch Veränderungen desselben zur Verfügung gestellt wird.

zu 4.8 **Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017**

Abstimmungsergebnis SKE: **einstimmig zugestimmt mit Änderungen**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt mit Änderungen**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Konzeption zu Freiräumen für engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Halle (Saale) („Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019“).
2. **Damit verbunden beschließt der Stadtrat einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 55T€, welcher vorbehaltlich eines genehmigten Haushaltes haushaltsneutral durch Veränderungen desselben zur Verfügung gestellt wird.**

**zu 4.9 Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04738**

Herr Rebenstorf und Herr Loebner brachten die Vorlage ein.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) neu aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich der Neuaufstellung umfasst das gesamte Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale). Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 135 km².

**zu 4.10 Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: VII/2019/00215**

Frau Winkler sagte, dass darüber nicht nochmal diskutiert werden muss.

Herr Schied wies darauf hin, dass die Vorlage vertagt wurde, da noch Informationen fehlten, er fragte, ob eine Beschlussfassung erfolgen kann und die fehlenden Informationen nun vorliegen.

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat billigt die gegenüber dem Aufstellungsbeschluss vom 28. Januar 2009, Beschluss-Nr. IV/2008/07675 geänderten Planungsziele.
2. Mit der Änderung des Aufstellungsbeschlusses werden die Entwicklungsziele der Stadt für das Entwicklungsgebiet „Heide-Süd“ fortgeschrieben und sind bei der Beurteilung von Vorhaben nach § 165 BauGB in Verbindung mit § 145 Abs. 2 BauGB auch während des Planverfahrens anzuwenden.

**zu 4.11 2. Satzung zur Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00231**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale) gemäß der Anlage 1.

**zu 4.12 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum Südpark
Ortsteil Neustadt - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2019/00067**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 0 Wohngebietszentrum „Südpark“ Ortsteil Neustadt in der Fassung vom 04.07.2019 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf der Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 0 Wohngebietszentrum „Südpark“ Ortsteil Neustadt in der Fassung vom 04.07.2019 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung sind öffentlich auszulegen.

**zu 4.13 Bebauungsplan Nr. 88.2 Gießereidreieck, 1. Änderung -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/00029**

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 88.2 „Gießereidreieck“, 1. Änderung aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 0,5 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung

genannten Planungsziele.

4. Das Planverfahren soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt werden.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet

Der Antragsteller vertagte den Antrag.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Halleschen Nahverkehrs-AG (HAVAG), der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH und der City-Gemeinschaft eine Beschlussvorlage inklusive Finanzierungsplan zu erarbeiten, auf deren Grundlage der Stadtrat die Einführung eines „City-Tages“ beschließen kann, wonach an Samstagen Busse und Straßenbahnen der HAVAG im Stadtgebiet Halle (Saale) kostenfrei genutzt werden können.
2. Die Beschlussvorlage ist in die Sitzung des Stadtrates im ~~Februar~~ **September** 2019 einzubringen.
3. Der City-Tag soll mit Inkrafttreten der Regelung zunächst für ein Jahr eingeführt werden.
4. Die Auswirkungen des City-Tages sollen evaluiert werden. Die Ergebnisse sollen dem Stadtrat spätestens in seiner zweiten Sitzung nach Ablauf des Jahres vorgelegt werden.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Quartalsbericht II/2019 Stadtbahnprogramm Halle der Maßnahmeträgerin HAVAG Vorlage: VII/2019/00422

zu 7.2 Information zum Baubeschluss EFRE-Radweg Dessauer Straße/Posthornstraße zwischen der Frohen Zukunft und dem Posthornweg (Vorlagen Nr. VII/2019/00040)

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Winkler zum Ausbau Dessauer Straße

Frau Winkler bat im Rahmen des Antrags zur Aufhebung des Beschlusses **Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft VI/2014/00022**, um Übermittlung der Stellungnahmen des Fachbereiches Umwelt, des Dienstleistungszentrums Klimaschutz, der Abteilung Denkmalschutz und des Teams Verkehrsplanung, die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens abgegeben wurden.

Herr Rebenstorf sagte, dass dies im Rahmen der Akteneinsicht eingesehen werden kann.

zu 8.2 Frau Dr. Wünscher zum Baugeschehen in der Reichardtstraße

Frau Dr. Wünscher fragte, nach dem aktuellen Stand des Baugeschehens in der Reichardtstraße.

Die Verwaltung verwies darauf, die Frage im nicht öffentlichen Teil zu beantworten.

zu 8.3 Herr Streckenbach zur Alfred-Reinhardt-Straße

Herr Streckenbach sagte, dass in der Alfred-Reinhardt-Straße Anwohner Bautätigkeit zwischen Loewe Messebau und der Halde beobachten konnten. Er fragte, was dort derzeit gebaut wird.

Eine schriftliche Beantwortung wurde zugesichert.

zu 9 Anregungen

Anregungen wurden nicht gegeben.

Herr Feigl beendete den öffentlichen Teil.

Christian Feigl
Ausschussvorsitzender

Jenny Falke
Protokollführerin